

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Die Deckungsvorlagen im Reichstag.

### Der Standpunkt der Parteien.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“).  
So. Berlin, 10. April.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstags wurde zunächst der gestrige Zweikampf zwischen den beiden bayerischen Generalmajoren endgültig beigelegt. Herr Weninger trat ebenso loyal wie vollkommen den Rückzug an. Daß Herr Spahn dann noch einmal nachhieb und den bayerischen General noch einmal zur Rede stellte, und damit nochmals eine Entschuldigung des Bundesratsbediensteten erzwang, wird man nicht allzu tragisch nehmen dürfen. Herr Peter Spahn kennt, weiß, daß es sich für ihn nicht so sehr um einen Angriff gegen General Weninger und auch nicht darum handelte, seinen Fraktionsgenossen, den Abg. Häusler in Schutz nehmen zu wollen. Herr Spahn verfolgte sicher nur einen Zweck, seinem Nachfolger im Präsidium, Herrn Dove, ein Bein zu stellen. Erfolgreicherweise zog sich Herr Dove aber gehend, korrekelt und jovial wie immer aus der Affäre.

Die Debatte über die Deckungsvorlagen brachte zunächst zwei Monsterreden. Der Sozialdemokrat Dr. Südekum sprach zwei Stunden, der Zentrumredner Speck 1 1/2 Stunden. Die groß angelegte Rede Südekums gipfelte darin, daß er den nun endlich wenigstens in Angriff genommenen Gedanken einer Reichsbeitragssteuer für die Sozialdemokratie in Anspruch nahm und der Meinung Ausdruck gab, wenn der Anfang jetzt gemacht werden sollte, so müsse man eben dafür sorgen, daß die Fraktion der Sozialdemokraten noch weiter wachse. Wie am Tage vorher der Abg. Frank, so plädierte heute auch Dr. Südekum für eine Verstaatlichung der Waffenfabrikation. Den Wehrbeitrag akzeptiert die Sozialdemokratie, nur wünscht sie die Schonung der kleineren Vermögen und Progression. Es gab ein paar hübsche Momente in der Rede, so, als Südekum nach der Vaterlichkeit des Wehrbeitrages recherchierte und die Frage offen ließ, ob Herr Kühn oder der Vater aller Möglichkeiten für die Urheberlichkeit verantwortlich zu machen sei, eine Anspielung auf eine sehr hohe Stelle, über die auch auf der anderen Seite des Hauses herzlich gelacht wurde. Den zweiten Heiterkeitserfolg hatte Graf Westarp als Zwischenrufer. Als Südekum davon sprach, daß manche Herren von der Rechten nichts anderes beabsichtige als der Kampf gegen die Sozialdemokratie, und zwar bei Tage sowohl wie bei Nacht, rief der Graf unter stürmischer, minutenlangem Heiterkeit entgegen: „Da haben wir doch etwas Besseres zu tun.“ Der Zentrumredner war in seiner Kritik fast schärfer wie der Sozialdemokrat. Das wichtigste Postulat in seinem Vortrage war das Verlangen, daß die Wehr- und Deckungsvorlagen gleichzeitig oder doch von denselben Wehrheiten bewilligt werden müßten. Das Zentrum will nichts davon wissen, daß etwa die Wehrvorlage von den bürgerlichen Parteien allein bewilligt wird, während die Deckung von einer Mehrheit geschaffen wird, zu der sich die Sozialdemokratie unter der Ausschaltung der schwarz-blauen Koalition stellt. In dem Wehrbeitrag sieht der Zentrumredner den verhängnisvollen ersten Schritt zu einer Reichsvermögenssteuer, und eine Steuer allein auf das Vermögen hält er für grundsätzlich verfehlt. Als ununtere Grenze für den Wehrbeitrag schlägt Herr Speck 50 000 Mark eventuell 30 000 Mark vor. Gegen die subsidiäre Vermögenszuwachssteuer hat er starke Bedenken. Die Beibehaltung der Zuckerteuer billigt er. Gegen die Beibehaltung des Grundstücksteuernpells spricht er dagegen mit aller Entschiedenheit, ebensol gegen das Erbrecht des Staates. Positiver Vorschläge hatte sich der Zentrumredner, wie man sieht, enthalten und insonderheit hatte er die Frage offen gelassen, ob bei der Einführung einer Besitzsteuer das Zentrum eine Vermögens- oder eine Erbschaftsteuer bevorzugen würde. Der Redner der Nationalliberalen, Herr Paasche, schien diesem Beispiel übervorsichtiger Zurückhaltung folgen zu wollen. Zwar trat er für die liberalen Forderungen ein, bei dem Wehrbeitrag die Vermögensgrenze hinauf und die Einkommensgrenze herabzusetzen, auch für eine Staffelung ist er zu haben. Bei der großen Frage aber, wie die dauernden Lasten gedeckt werden sollen, scheinen die Nationalliberalen nun wirklich verlegen zu werden. Herr Paasche erklärte sich persönlich zwar für die Erbschaftsteuer, aber dabei entschlopfte dem Gehege seiner Zähne das große Wort, daß er das nur aussprechen könne für sich und die Mehrheit seiner politischen Freunde. Davon, wie groß diese „Mehrheit“ ist, wird alles abhängen. Große Heiterkeit erweckte dabei Paasche, der, als heimerzeit der Sozialdemokrat David zuerst den Gedanken einer solchen Wehrsteuer anregte, Kurtz Bülow's Lat eine frivole und phantastische Politik genannt hatte. Der Konservative, Graf Westarp, der letzte Redner des Tages, geht in seiner Zustimmung zu der Regierungsvorlage am weitesten, aber auch er billigt nur die Grundzüge. Die Konservativen bewilligen schweren Herzens die Besitzsteuer, das heißt, die jetzt von der Regierung vorgeschlagenen sogenannten Besitzsteuern, erheben aber zugleich den vernehmbarsten Ruf nach neuen indirekten Steuern. Alles in allem hatte man schon heute am ersten Tage der Debatte, der übrigens neben dem Reichskanzler und dem Staatssekretär auch der preussische Finanzminister eifrig zuhörte, den Eindruck, daß die Aussichten der Kühn'schen Vorschläge nicht so sonderlich günstig sind. Jedenfalls werden sie nicht ohne einschneidende Veränderungen Geheg werden.

### Sitzungsbericht vom Reichstag.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 1.10 Uhr. Nachdem der Zwischenfall Weninger, wie bereits berichtet, durch die Erklärungen des bayerischen Generalmajors beigelegt worden ist, folgt die Fortsetzung der ersten Sitzung der

#### Deckungsvorlagen.

Abg. Südekum (Soz.): Es ist zum ersten Male in der Finanzgeschichte des Reiches versucht, zu den Rüstungskosten auch den Besitz heranzuziehen. Das ist unter Einfluß. Auf Wille die Deckungsvorlage teilweise aufbauen zu wollen, ist gefährlich, da der Vollertrag bei dem Abbruch neuer Handelsverträge unbekannt ist. Wir brauchen eine direkte Reichssteuer. Die Deckungsvorlage wird nicht Geheg ohne die Reichsbeitragssteuer oder wenigstens die Reichsvermögenssteuer. Die Summe des durch die Vorlage zu erfassenden Vermögens ist nach unierer Ansicht zu gering berechnet. Wir glauben, daß 300

Milliarden Vermögen vorhanden sind. Die Veranlagung des Vermögens und Einkommens muß von Reichs wegen geregelt werden. Präsident Kämpf ruft den Redner nachträglich zur Ordnung wegen der Aeußerung, nach der preussische Gehege die Rechte der Minderbemittelten hinterlistig beeinträchtigen.

Abg. Speck (Ztr.): Die überschwengliche Lobpreisung des Gedankens des einmaligen Wehrbeitrages ist unangebracht, da Gefahr ist, daß die einmalige Abgabe eine dauernde wird. Dann entstanden steuerliche Ungerechtigkeiten. Diese Vorlage greift die einzelstaatliche Finanzhoheit an, wie kein Finanzgesetz zuvor. Wir stimmen der Beteiligung der Fürsten an dem Wehrbeitrag zu. Es geht nicht an, daß wir hier im Reichstag Mittel bewilligen und es den Einzelstaaten überlassen, Deckung zu finden. Gegen die Vermögenszuwachssteuer, die als Besitzsteuer erscheint, haben wir schwere Bedenken. Auch mit der Veredelung der Matrilinearbeiträge machen wir schlechte Erfahrungen. Die Aufrechterhaltung der Zuckerteuer erachtet wir für angebracht. Den Nutzen ihrer Aufhebung hätten nicht die Konsumenten. Die Aushebung des Umsatzstempels ist äußerst bedenklich. Die Aushebung des Erbrechts des Staates trafe die kleinen Leute. Daß im deutschen Volke eine gänztliche Stimmung für die Rüstung herrsche, ist ein Irrtum. Wir stimmen der Vorlage zu, wenn die Lasten gleichmäßig verteilt werden.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich behaupte, daß die Vorredner der heutigen Generation nicht mehr die Opferfreudigkeit von 1813 zutrauen. Das entspricht nicht der ethischen Bedeutung der Vorlage. Es war nicht richtig, ein so düsteres Bild zu malen; denn in Frankreich glaubt man längst, daß wir keine Lasten mehr tragen könnten. Die einmalige Abgabe, die früher als ein fanatischer Antrag der Sozialdemokratie bezeichnet wurde, wird uns heute als Regierungsvorlage bargebracht. Wir können aber trotz dem, daß unter wirtschaftlichem Leben und der Geldmarkt nicht noch mehr durch eine Neienanleihe beschwert zu werden brauchen. Auch wäre der Eindruck im Ausland bedenklich gewesen. An dem Grundgedanken des Wehrbeitrages halten wir fest, wenn auch einige Änderungen noch zu treffen sind. Die Beteiligung der Fürsten an der Wehrabgabe ist nach dem Wortlaut der Vorlage selbstverständlich. Gegen was haben sich aber die Fürsten zum Tragen des patriotischen Opfers bereit erklärt und in welcher Höhe? (Sehr gut!) Bei der Beitreibung der Steuern soll man alles Schickliche von vornherein ausschalten. Von einem Eingriff in das Privatvermögen kann bei dieser einmaligen Abgabe keine Rede sein, geschwehe denn von einer Expropriation. Die Aufrechterhaltung der Zuckerteuer ist praktischer als die Einführung einer neuen Steuer. Den Einzelstaaten die Steuern in Form veredelter Matrilinearbeiträge zu überlassen, ist jedenfalls nicht besser, als der direkte Weg. Die Wehrzahl meiner Freunde hält an dem Gedanken der Reichsvermögenssteuer fest. Wir laprizieren uns aber nicht auf eine bestimmte Form. Die Hauptfrage bleibt uns, daß eine direkte Belastung des Besitzes bei dieser Vorlage eintritt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Westarp (kon.): Wir erkennen an, daß die Vorlage besondere Schwierigkeiten zu übersehen hat, um dem Widerstreit der Meinungen zu begegnen. Wir halten die Vorlage für eine durchaus geeignete Unterlage für die weiteren Verhandlungen und werden auf dieser Grundlage ehrliche Mitarbeit leisten, summi die Grundlagen für die Schuldentilgung beibehalten werden. Wir werden die einmalige Forderung der Vorlage bewilligen. Die konservative Partei hat sich noch niemals von einer anderen Partei an Opferwilligkeit übertreffen lassen. Wir billigen es, daß die Ausgaben der Vorlage nicht durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Zu einer fortwährenden Einrichtung kann der Wehrbeitrag nicht werden, da eine Vermögenssteuer Sache der Einzelstaaten ist und dieser Beitrag einen Eingriff in die Vermögenssubstanz bedeutet. Die Vorlage der Regierung bezüglich der Form der Deckung hat den Vorschlag vor einer Reichsbeitragssteuer. Auch stimmen wir dem Reichsfinanzminister darin bei, daß der Umweg über die Einzelstaaten einer Reichsvermögenssteuer vorzuziehen ist. Ein Zwang gegenüber den Einzelstaaten ist überflüssig und unrichtig. Bei Festlegung des Vermögenszuwachses muß darauf geachtet werden, daß nicht in die innere Familie eingegriffen wird. Der Aushebung des Erbrechts auf das Reich können wir nicht zustimmen. Gegen die vorläufige Beibehaltung der Zuckerteuer und des Umsatzstempels haben wir nichts einzuwenden. Die Mängel der Talonsteuer sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt und eine Börsensteuer ins Auge gefaßt werden. Die Deckung muß unbedingt gleichzeitig mit der Wehrvorlage verabschiedet werden. Entgegenkommen muß allerorts gezeigt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr pünktlich vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Vielstach ist in der letzten Zeit in Verbindung mit der Deeresvorlage erwähnt worden, daß die Festung Thorn umgebaut werden solle, weil die Pläne der Werke an Rußland verraten worden seien. Diese Ansicht ist, nach der „Nationalzeitung“, durchaus irrig.

### Im Bundesrat

wurde Beschluß gefaßt über die Vorlage betreffend Zollvereinfachung für den Schiffsverkehr in der Altsburger Höhe und Altslund, die Vorlage betreffend Veredelungsverkehr mit Weizenmehl zur Herstellung von Dextrin, die Vorlage betreffend den Veredelungsverkehr mit ausländischen, zum Bau und zur Ausrüstung von Schiffen dienenden Gegenständen zum Ueberziehen mit Kunstschiff und die Vorlage betreffend den Veredelungsverkehr mit ausländischen Waren aus Eisen und Kupfer; die Zustimmung wurde dem Entwurf des Besoldungs- und Pensionssetzes der Reichsbankbeamten, außer den Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums, dem Entwurf des Gesetzes betreffend Verhinderung wechsel- und scheidrechtlicher Handlungen im Ausland und dem Entwurf des Gesetzes betreffend Aenderung zweier Reichstagswahlkreise erteilt.

## Die Fürsorge für die Volksschule.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“).  
So. Berlin, 10. April.

Die Reform der Besoldungsordnung für die preussischen Lehrer spielte heute wieder eine große Rolle im Abgeordnetenhaus. Der Kultusminister verbreitete sich eingehend über diese Frage und bestritt natürlich in jeder Richtung, daß die preussischen Volksschullehrer ungenügend vom Staat bezahlt würden. Gewisse Mängel der neuen Besoldungsordnung konnte er jedoch nicht abstreiten, beschwor aber das Haus, dieses junge Blümchen Rührmischdicht nicht anzutasten und nicht schon jetzt wieder in eine neue Agitation für die Besoldungsreform einzutreten. Die Sorge für die Volksschule im allge-

meinen wurde von dem volksparteilichen Abgeordneten Ernst als die wichtigste Aufgabe zur Sicherung der Zukunft unseres Volkes bezeichnet. Was die Besoldung anlangt, so verlangte er ein Einheitsgehalt für alle Lehrer, um auf diese Art die Ungleichmäßigkeiten der Ortszulagen zu umgehen. An der Hand von zahlreichen Tatsachenmaterial schilderte er die Schulzustände in der Ostmark, wo die Stellung der Lehrer durch den Eintritt der Enteignung noch bedeutend erschwert sei. Von den Polen und Dänen wurden die üblichen nationalen Klagen vorgebracht und Herr Borchardt versuchte, die Volksschule gegenüber den anderen Schulen in den Himmel zu heben, zum Teil mit wenig angebrachten Scherzen. Im allgemeinen hatten sich die Volksschule und ihre Lehrer der besonderen Fürsorge auf allen Seiten des Hauses zu erfreuen.

### Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 10.15 Uhr. Die Beratung des Kultusetats wurde bei der allgemeinen Besprechung über das

#### Elementarunterrichtswesen und die Lehrerseminare

fortgesetzt.

Abg. Freiherr von Zebitz (freikons.): Wir standen stets auf dem Boden des allgemeinen Landrechts, nach dem die Schule eine Veranstaltung des Staates ist. Nach dem Schulaufsichtsgesetz hat aber die Kirche Sitz und Stimme in der Schuldeputation und somit das Aufsichtsrecht in den ländlichen Gemeinden. Daneben treten wir für die weltliche Kreisinspektion im Hauptamt ein. Zur Hebung der materiellen Lage der Lehrer ist in letzter Zeit viel geschehen. Wir werden nicht aufhören, dahin zu wirken, daß die Berufsruhmigkeit der Lehrer erhöht wird. Bei der Revision des Lehrerbeförderungsgesetzes wird man den Gedanken des Einheitsgehaltes verwirklichen müssen. Wir treten für eine gerechte Verteilung der Schullasten ein und befürworten die Resolution der Budgetkommission, die eine Erhöhung der Ergänzungszulasse für leistungsschwache Schulverbände fordert. Als Hauptaufgabe der Volksschule muß gelten, die Schüler zu guten Patrioten zu erziehen.

Kultusminister von Trost zu Solz: Wir machten mit dem Lehrerbeförderungsgesetz einen erfreulichen Fortschritt. Ich möchte dringend davor warnen, schon jetzt an die Revision des Gesetzes zu denken. Die Regierung ist bereit, Untersuchungen darüber anzustellen, ob eine anderweitige Verteilung der Schullasten angezeigt ist. An den Seminaren sollen akademisch gebildete und seminaristisch gebildete Lehrer zusammenwirken. Um die Akademiker an die Seminare zu fesseln, haben wir eine sogenannte Prorektorstelle am Seminar geschaffen. Wir halten es nicht für angezeigt, daß auch Nichtakademiker in diese Stellung gelangen können. Die Lehrpläne an den Seminaren sollen insofern einer gewissen Reform unterworfen werden, als dem Können mehr Raum als dem Lernen geschaffen wird. Bei der zweiten Lehrerverprüfung soll mehr Gewicht auf die praktische Schulstätigkeit als auf gedächtnismäßiges Wissen gelegt werden.

Abg. Ernst (fortschritt. Volksp.): Es ist Hauptaufgabe der Schule, den Schülern Ideale zu schaffen und sie zu guten Staatsbürgern zu erziehen. Wir werden alles bewilligen, was nötig ist, um die Volksschule auf der Höhe zu erhalten. Wir treten insbesondere für die Erhöhung der Ergänzungszulasse und die Einführung des Einheitsgehaltes ein. Die Erteilung des Religionsunterrichts auf konfessioneller Grundlage verlangen auch wir. Hinsichtlich der Schulaufsicht wollen wir die Staatshoheit wahren. Wir können im Bezirk Bromberg das herrschende System, nach dem Lehrern, wenn sie sich um eine andere Stelle bewerben, die Abhaltung einer Probelektion verboten ist, nicht billigen. In einem derartigen Fall beging ein Lehrer wegen angeblich schlechter Behandlung durch den Kreisinspektor Selbstmord.

Ein Regierungskommissar: Gegen zwei Zeitungen, die den vom Vorredner zuletzt erwähnten Fall darstellten, ist gerichtliche Verfolgung eingeleitet. Die Verhandlung fand noch nicht statt. Deshalb muß es sich der Minister verlagen, darauf einzugehen.

Abg. von Trampczynski (Pol): Bei der Anbringung von Schullasten werden die polnischen Gemeinden besonders hart behandelt. Wenn die polnischen Kinder nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, bedeutet das eine Verdummung der Kinder. Wir verlangen deshalb die zweisprachige Volksschule, wie sie in Belgien, der Schweiz, Österreich-Ungarn, Rußland und selbst der Türkei besteht. Das preussische System hat aber den Zweck, daß die polnischen Kinder ihre Muttersprache verlieren.

Abg. Borchardt (Soz.): Es gibt leider in Volksschulen noch überfüllte Klassen. Viel schlimmer aber ist es, daß es auf dem Lande noch einklassige Schulen gibt. (Auf im Zentrum: Vocal!) Die Konservativen sagen immer, die preussische Volksschule mochte uns niemand nach. Das erinnert an Bismarck's Wort: Den preussischen Centnant macht uns niemand nach. Da kam aber der Schuster Vogt, der uns sogar den preussischen Hauptmann nachmachte. (Seiterkeit.) Wir sind gegen den Religionsunterricht in der Volksschule, weil wir glauben, daß er die Quelle der Unfruchtbarkeit ist. Ein Volksschullehrer schrieb mir, daß der Religionsunterricht vielfach eine Plage für den Lehrer sei. Der Schüler wird vom Lehrer geradezu zur Heuchelei verleitet. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Kloppenborg (Däne) bedauerte sich, daß die dänische Sprache aus der Volksschule in Nordschleswig verdrängt wird. Die Staatsautorität profitiere davon aber nicht.

Abg. v. Schenkendorff (natl.): Der deutsche Verein für das Knabenhandwerk, welcher die heutige Volksschule durch die Arbeitsschule zu erheben beabsichtigt, hat unter Anerkennung seitens der Lehrerschaft Lehrkurse eingerichtet. Ich bitte den Minister, die Bestrebungen des Vereins zu unterstützen und mit der Lehrerausbildung für die Arbeitsschule zu beginnen.

Abg. Buttle (kon.): Der christliche Geist der Schulen muß erhalten bleiben, und es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Lehrer auf dem Lande bodenständig werden. Man solle auch für gute Lehrerwohnungen sorgen. Eine Hauptforderung der Lehrer bleibt die Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land.

Abg. Dittrich (Ztr.): Die Kirche erstreckt nicht die Herrschaft über die Schule, sondern die Mitbestimmung sowohl über den Religionsunterricht, wie über den Gesamtunterricht nach der religiös-sittlichen Seite hin. Mit der Reform der Seminarien sind wir im allgemeinen einverstanden. Mit der Einführung einer akademischen Prorektorstelle unternimmt die Regierung freilich einen weiteren Schritt zur Akademisierung der Seminarien, die ihrem Wesen widerspricht.

Abg. Randoehr (freikons.) wünscht bessere Bezahlung der Lehrer für den Kirchendienst. Die allgemeine Besprechung wird geschlossen. Der Antrag von Gambe die für die Seminarien vorgegebene Prorektorstelle auch